

## **Flächensanierungen – Erhaltende Stadterneuerung – Zukunft der Stadtkultur**

*Dieser Beitrag ist eine im November 2013 weitgehend überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Jahrestagung Städtebauliche Denkmalpflege 2012; er enthält so auch die Beurteilung jüngerer Entwicklungen und nimmt Aussagen meiner Einführung auf der Jahrestagung Städtebauliche Denkmalpflege 2013 am 19. September 2013 auf.*

### **Vorbemerkungen**

1. Der Zeitraum, in dem ich Minister – zunächst für Landes- und Stadtentwicklung und dann für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr – des Landes Nordrhein- Westfalen war, liegt 32 bis 22 Jahre zurück. Somit

erstens, erinnere ich mich nicht mehr an alles, was ich damals verantwortet habe,

zweitens, bin ich nicht verantwortlich für das, was in der Raum- und Stadtentwicklungspolitik in NRW in den 22 Jahren nach meiner Amtszeit geschehen ist,

drittens, habe ich mich seit Beendigung meiner Amtszeit nicht ein einziges Mal zu einem konkreten Projekt in der Verantwortung meiner Nachfolger öffentlich kritisch geäußert.

Der Abriss des **gründerzeitlichen Stadtteils Duisburg-Bruckhausen** ist für mich der erste Fall kritisierender öffentlicher Stellungnahme zur Politik des für Stadtentwicklung zuständigen Ministeriums. Diese kritisierende Stellungnahme halten viele für gerechtfertigt und haben ihr beigestimmt.

2. Um soziale Wirklichkeit zu verändern, ist es erforderlich, sie zuvor zu erklären. Stadtentwicklung ist soziale Wirklichkeit mit grundlegenden technischen Bezügen, die sozialwissenschaftliche Erklärung muss also die technologischen Bezüge berücksichtigen. Sozialwissenschaftliche Erklärungen implizieren dabei immer Werte, die entscheidend sein können für die Erklärung und damit für das beabsichtigte verändernde Handeln.

3. Es gilt daher Werte zu nennen, die Stadtentwicklung in einer demokratischen Gesellschaft prägen müssen. Dazu gehören:

kulturelle Sinnstiftung wie sie Max Weber und Talcott Parsons begründet haben,

soziale Inklusion,

keine Abhängigkeit von vorgeblichen Sachzwängen der Technik.

4. Erst Erklärung und implizierte Werte erlauben es, Projekte der Stadtentwicklung problemgerecht zu verwirklichen. Mein Freund und zwischen 1980 und 1990 überragender Mitarbeiter Karl Ganser hat das **perspektivischen Inkrementalismus** genannt.

5. 1980 hat Johannes Rau mich zum Minister für Landes- und Stadtentwicklung ernannt. Es ist nicht üblich, und auch meistens nicht erfolgreich, Experten zu Ministern zu machen. Minister brauchen die Legitimierung in ihrer Partei, die zur Regierungsbildung wiederum durch Wahlen legitimiert ist. 1980 hatte die SPD die absolute Mehrheit im Landtag erreicht und konnte so die Ressorts nach ihren Vorstellungen zuschneiden. Zuvor hatte die Zuständigkeit für Stadtentwicklung beim von FDP-Ministern geführten Innenministerium gelegen. Das neue Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung übertrug mir Rau, weil ich stellvertretender SPD-Landesvorsitzenden war. Es überrascht Gesprächspartner immer wieder, dass ich zuvor schon Vorsitzender der Bochumer „Ruhrgebiets-SPD“ gewesen war. Das entspricht nicht ihren Klischees; die Breite der großen Volkspartei SPD war in den 1970er und 1980er Jahren von einem Ausmaß, das die aller anderen Partei damals und heute übertrifft, und auch in Fragen nachhaltiger Entwicklung von den „Grünen“, seitdem sie mitregieren wollen, nicht erreicht wurde.

Johannes Rau kannte sicher meinen Zugang zur Politik, den Zugang, den ich in auch hier offenlege, aber er wusste eher nicht, was ich von Raum- und Stadtentwicklung hielt. Zu meinen Vorstellungen von Stadt gehörte schon 1980 das engagierte Interesse für die gebaute Historizität von Städten und die Erfahrung mit der Sinnlosigkeit von Flächensanierungen. Sie brachte ich in meine neue Aufgabe ein. Dass **Flächensanierungen** verhindert werden sollten, **erhaltende Stadterneuerung** – der Begriff Nachhaltigkeit war damals noch nicht politisch gebräuchlich – dazu eine alternative Strategie ist, und diese zu sinnstiftender **Stadtkultur** beitragen kann, hat dann meine Stadtentwicklungspolitik und damit die des Landes NRW durch zehn Jahre bestimmt. Dass meine Nachfolger sie in hohem Maße fortsetzten, will ich ausdrücklich betonen.

### **Flächensanierungen**

Flächensanierungen gab es in der Bundesrepublik vor der Vereinigung auf der Grundlage des Städtebauförderungsgesetzes von 1971, quartiersbezogene Abrisse auch schon vorher. Wie lassen sie sich erklären? Es gab in Deutschland Kriegszerstörungen, die Agglomeration Ruhr

war davon besonders betroffen. Es gab einen immensen Nachholbedarf an Wohnungen, jede Wohnung, wie immer und wo immer sie auch gebaut wurde, war besser als keine. Das hat die Stadtentwicklung durch die 1950er Jahre geprägt, und jenseits der nicht besonders hohen Qualität, denn dafür gab es kein Geld, zu relativ akzeptablen Lösungen geführt. Den Wiederaufbau der unmittelbaren Nachkriegszeit zu bewahren gehört in den 2010er Jahren zu sinnstiftenden stadtkulturellen Aufgaben.

Danach kam es zu neuen Fragestellungen und Strategien.

**Einmal:** Lässt sich Bauen industrialisieren? Diese Frage unterlag dem verhängnisvollen Einfluss des Bauhauses, das architekturgeschichtlich großartiges geleistet, aber natürlich auch einen Hinweis gegeben hat, dass Bauen sich industrialisieren lässt. Es gehört zu den nachdenkswürdigen Phänomenen, dass die Industrialisierung des Bauens fast unterschiedslos in der marktwirtschaftlichen Bundesrepublik und in der zentralverwaltungs-wirtschaftlichen DDR stattfand. So begann das Stapeln von Wohnungen in Hochhäusern. Das bestimmte die 1960er Jahre.

**Weiter:** Zur Modernisierung des Wiederaufbaus gehörte der Straßenbau für den fließenden automobilen Verkehr. Das Planungsrecht des Bundes- und Landesstraßenbaus ermöglichte es, Häuser abzureißen, zunächst für verbreiterte Durchgangsstraßen, dann für stadtkernnahe Umgehungsstraßen.

**Dann:** Nachdem der Wiederaufbau funktioniert hatte, war überall da, wo man problemlos und gleichzeitig ertragreich bauen konnte, zu wenig Fläche übrig geblieben. So begannen Überlegungen von Investoren; vielleicht wäre es das einfachste, Flächen zu bekommen, indem Häuser, die „wertlos“ sind, abgerissen werden. Die kulturelle Identität von Städten war sowie so nach den **Flächenbombardements**, zuerst durch das faschistische Deutschland in Großbritannien und in den Niederlanden, dann durch die westlichen Alliierten im westlichen Teil des Deutschen Reiches, beseitigt. Warum sie nicht durch **Flächensanierungen** fortsetzen. Ich frage mich, wie konnten diese Auffassungen entstehen und ich bin schon länger zu der traurigen Antwort gekommen, es könnte sein, dass die Flächenbombardements zuerst der Faschisten, dann aber der Alliierten in den Seelen von Planern über mehr als eine Generation die Krankheit erzeugt haben, gebaute Kultur nicht für wertvoll zu halten. Die Wertlosigkeit gebauter Kultur war Voraussetzung von Hitlers und Speers Stadterneuerungswahn. Picasso hat diese Zerstörungswut in seinem Guernica-Bild anklagend festgehalten. Bombergeneral Harris hat in

London ein Denkmal bekommen dafür, dass er Dresden und Dortmund zerstört hat. Diese Fragen und Zusammenhänge waren lange tabuisiert. 2013 haben Jörn Düwel und Niels Gutshow sie in einer Ausstellung in Hamburg, in Begleitung der IBA Hamburg-Wilhelmsburg, bedrückend dokumentiert, dass es zwischen der Architektur des Nationalsozialismus, den Kriegszerstörungen und dem Wiederaufbau, in demokratischen wie in kommunistischen Staaten, einen Zusammenhang gibt: die Konzeption einer „neuen“ Stadt, die die sozial und baulich nicht zukunftsfähige Stadt überwinden sollte. So wurden, nicht nur in Deutschland, die Zerstörungen sogar als Chance gesehen. Die Stadtplanung in vielen Städten ging so mit noch erhaltener Bausubstanz weiter zerstörerisch um, der Abriss des mittelalterlichen Rathauses in Dortmund in den 1950er Jahren steht dafür.

Auch das trug 1971 zum Städtebauförderungsgesetz bei. Es enthält sicher viele brauchbare rechtliche Möglichkeiten, vor allem nach vielen Novellierungen in den Folgejahren und seiner Integration in das Baugesetzbuch. Aber zunächst war es die Grundlage für Flächensanierungen nach dem Entschädigungsprinzip. Gepuscht wurde das Städtebauförderungsgesetz von Investoren aller Orientierungen. Dass Bundeskanzler Willi Brandt sich vom DGB hat einreden lassen, ihre Baugesellschaft „Neue Heimat“ brauche dieses Instrument, gehört zu den weniger guten Ergebnissen seiner Regierungszeit. Indem Johannes Rau meine Stadtentwicklungspolitik mitverfolgte und unterstützte, haben wir darüber nachdenklich miteinander gesprochen.

Wie Flächensanierungen ermöglichte das Städtebauförderungsgesetz auch **Betriebsverlagerungen** nach dem Entschädigungsprinzip. Beides wurde fiskalisch mehr als teuer. Wenn heute politisch darüber geredet wird, früher seien Steuermittel verschwendet worden, dann stimmt das für diese Maßnahmen des Städtebauförderungsgesetzes zweifellos. Allerdings kämpften Unternehmen mit allen Mitteln für diese Variante betrieblicher Subventionierung.

Der Begriff „Sanierung“ war für mich schon lange vor 1980 ein irreführender. Das lateinische Wort „sanus“ meint gesund. „Sanierungen“ sollten also Städte gesunden. Aber in keinem mir bekannten Fall konnte ich Gesundungen erkennen. Frühe Beispiele waren lebensweltliche Erfahrungen, an die sich später fachliche anschlossen. In die Schule gegangen bin ich in Minden in Ostwestfalen. Im heutigen historischen Stadtkern wurde in der unteren Bäckerstraße schon in den 1960er Jahren das schönste Hotel der Stadt, der König von Preußen, abgerissen. 15 Jahre lang wurde dann die freigelegte Fläche nicht neu genutzt, dann wurden Kaufhäuser gebaut, die, nun bin ich in der Gegenwart angekommen, inzwischen alle wieder leer gefallen sind. In Bochum-Laer, um in der Agglomeration Ruhr zu bleiben, war ein nicht besonders

schöner, aber mit einer auffallenden gründerzeitlichen Kirche besetzter Stadtteil in den 1970 Jahren abgerissen worden, auch um Opel Gelände zu sichern. Heute ist Laer ein großes Möbelgeschäft. Opel wird Bochum verlassen – übrigens es gehört zu meinen Erfahrungen durch Jahrzehnte, immer wenn Großunternehmen nicht abgewogene städtebauliche Maßnahmen fordern, ist das ein erstes Signal für die Betriebsschließung. Für die Henrichshütte in Hattingen mussten noch überdimensionierte Straßen gebaut werden – schön dass die Hütte heute zum Westfälischen Industriemuseum gehört. Essen-Steele war ein gut erhaltener städtischer Ort, bevor dort nach Flächensanierung Hochhäuser gebaut wurden; hier verband sich das Stapeln von Wohnungen mit dem Flächenabriss. Der gründerzeitliche Gelsenkirchener Bahnhof wurde in den 1970er Jahre abgerissen, und durch einen modernen ersetzt. Der erwies sich als so unzutraglich und einfach hässlich, dass er nach zwanzig Jahren wieder ersetzt werden musste.

Flächensanierungen haben auch in den 1970er Jahren nicht überall stattgefunden. In Nordrhein Westfalen gab es davon ungefähr 350. Diese Flächensanierungen fanden überwiegend im gründerzeitlichen Baubestand statt, in einigen Fällen auch in historischen Stadtkernen. Es gab dort Mischlagen von Wohnen und Industrie, oft schon seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, oder seit der Zwischenkriegszeit. Für die Umweltverhältnisse und die technologischen Fähigkeiten der 1970er Jahre waren es schwierige städtische Lagen, wenn Emissionen zu Lasten des Wohnens verhindert werden sollten. Und deshalb sollte die Verbindung von Betriebsverlagerungen und Sanierung helfen. Nachdem ich wenige Tage im Amt war, erschien der Oberstadtdirektor von Gelsenkirchen bei mir und schlug mir vor, für 700 Millionen DM Städtebauförderungsmittel den Schalker Verein, zum Thyssen-Konzern gehörend, zu verlagern. Ich warf die Frage auf, was denn die Verlagerung der Thyssen-Stahlwerke im Norden Duisburgs kosten würde. Mein Gesprächspartner fand diese Frage als durchaus realistisch und schätzte eine Summe von über einer Milliarde DM.

Ich lehnte nicht nur das Ansinnen des Gelsenkirchener Oberstadtdirektors ab, sondern entschied, dass Betriebsverlagerungen generell nicht mehr gefördert werden sollten. Einige Monate später hatte ich Karl Ganser von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumkunde – heute Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – abgeworben und er wurde Abteilungsleiter Stadtentwicklung in meinem Ministerium. Mit ihm konnte ich dann daran gehen, auch die Förderung von Flä-

chensanierungen zu beenden. Seit Ende 1981 gab es keine neuen mehr und begonnene wurden eingedampft.

Zu Beginn der 2010er Jahre habe ich nicht den geringsten Zweifel, dass ein Ablassen von diesem Wege stadtpolitisch unverantwortlich ist. Die meisten Flächensanierungen – und Bruckhausen ist das aktuelle mich erzürnende Beispiel dafür, – wurden ja herbeigeführt, nicht weil es dort Missstände gäbe, sondern weil die Flächen anderweitig genutzt werden sollen. Missstände werden dann organisiert, die als Begründung dafür herhalten sollen, intakte und kulturell bedeutende Bauten abzureißen. In den 1980er Jahren sind in Bruckhausen umfangreiche Wohnumfeldmaßnahmen mit Verkehrsberuhigung, Begrünung und einer gut genutzten öffentlichen Begegnungsstätte gefördert worden. Der Wert der Häuser war so stabil, dass selbst Klaus Zumwinkel, anlageverständiger Vorstand der Deutschen Post AG dort Hauseigentum erworben hat. Zur Sanierung von Bruckhausen konnte ich, vermittelt durch und gemeinsam mit Roland Günther, Gespräche mit dem Vorstand der Immobilientochter von Thyssen-Krupp führen. Sie ließen mich zu dem Schluss kommen, das es nur einen einzigen Grund für diese Sanierung gibt: Das Unbehagen der gutbezahlten Herren im Verwaltungsgebäude von Thyssen, dass neben ihnen Türken leben. Vertreter der Stadt Duisburg hatten mir schon vorher die Unverträglichkeit türkischsprachiger Bewohner mit zugewanderten Roma vorgebracht. Das alles erinnert befremdlich an die Kombination von Kapitalismus und Nationalchauvinismus des 19. Jahrhunderts.

Bruckhausen ist der bisherige Endpunkt meiner Erfahrungen und Einsichten in die Gegebenheiten von Flächensanierungen vor und nach 1980. Es ist ganz dezidiert meine Auffassung und es galt für meine Tätigkeit als Minister: Flächensanierungen widersprechen allen Werten, die Stadtentwicklung in einer demokratischen Gesellschaft prägen müssen.

### **Erhaltende Stadterneuerung**

An die Stelle der Flächensanierungen stellte ich, gestützt auf Karl Ganser, die Strategie der Erhaltenden Stadterneuerung. Begrifflich und in praktischen Projekten entstand sie schrittweise. **Behutsame Modernisierung mit mietverträglichen Standards** und **Wohnumfeldverbesserung** waren die ersten Maßnahmenbereiche. Es ging um Erhalt der soziale Inklusion in erneuerungsbedürftigen Quartieren, die dortigen Häuser sollten stehen bleiben und modernisiert, Missstände im öffentlichen Raum ringsherum durch Wohnumfeldverbesserungen ausgeglichen werden. Solche Wohnumfeldverbesserungen ließen sich ausdifferenziert erläutern und umsetzen: Verkehrsberuhigung in einzelnen Straßen im möglichster Vernetzung mit anderen,

Ordnung des ruhenden Verkehrs, Begrünung der Wohnviertel, Schaffung von privat nutzbaren Gartenformen, Herrichtung von Brachflächen, Fassadengestaltung.

Richtet sich die Erneuerungsstrategie darauf, Wohnungen zu modernisieren und damit nicht abzureißen, sondern zu erhalten, gewinnen Denkmäler eine strategische Bedeutung. Sie werden zu markanten Bezugspunkten in erneuerungsbedürftigen und der Denkmäler wegen **erneuerungswerten** Quartieren. So wurden die 1980er Jahren zu einem Jahrzehnt des Denkmalschutzes in Nordrhein-Westfalen. Die rechtlichen Grundlagen waren bereits in der meiner Ministertätigkeit vorlaufenden Legislaturperiode gelegt, durch die Verabschiedung des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes. Am 1.7.1980 trat es in Kraft. In den zehn Jahren meiner Amtszeit wurden etwa 55 000 Denkmäler in die Denkmallisten eingetragen, manche durch den im Gesetz vorgesehene Ministerentscheid, wenn Landeskonservator und Kommune sich nicht einigen konnten. Sehr schnell begann die Debatte, es gäbe zu viele Denkmäler. In dieser Debatte ist ein dringender methodischer Ratschlag anzuwenden, den ich in jeder Einführungsvorlesung Studierenden gebe: Zahlen kennen und sie relationieren. Es gibt in Nordrhein Westfalen zum Stichtag 31.12.2009 3,7 Millionen Wohngebäude, und schätzungsweise 300 000 Nichtwohngebäude, also etwa 4 Millionen Gebäude. Von denen sind 87.000 Denkmäler, also 2 %. Angesichts dieser Zahlenrelation halte ich jede Infragestellung auch nur eines einzigen Denkmals für kulturell unverträglich. Ich habe in den 1980er Jahren als verantwortlicher Minister, wenn Herren der Bauwirtschaft mich wegen zu vieler Unterschutzstellungen öffentlich attackierten, geantwortet: Meine Herren, Sie haben etwas dagegen, dass ich verhindere, das Sie Häuser abreißen können. Ich ermutige Sie noch heute Abend von den – damals vielleicht 3 Millionen – Gebäuden in Nordrhein Westfalen 2,9 Millionen abzureißen, wenn es Ihnen denn nutzt, der für Denkmalschutz verantwortliche Minister wird keinen Einwand erheben. Nur lassen Sie bitte die – damals etwa 60 000 – Denkmäler dabei stehen.

Die Denkmalschutzpolitik der 1980er Jahre hatte bemerkenswerte Ergebnisse, die historischen Orts- und Dorfkerne, Industriedenkmäler, Zollverein anderen voran, manches gründerzeitliche Ensemble. Sie bestimmen die gebaute Kultur unserer Städte und Quartiere, sie bilden ortsbezogene Identität.

### **Zukunft der Stadtkultur**

Damit bin ich bei der Stadtkultur angekommen. Für Stadtkultur ist Denkmalschutz zentral – Events können gebaute Kultur nicht ersetzen.

Die Frage ob ein Gebäude rechtlich ein Denkmal ist, beantwortet §1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes so:

Es muss **bedeutend** sein für den Ort, an dem es steht. Bedeutung ist sinnbehaftet und Sinn konstituiert Kultur. Diese kulturelle Bedeutung ist keine Abwägungsfrage, sie hat einen **Wertbezug**. Abwägungsfragen können sich später stellen, so, ob ein Denkmal aus Gründen nicht erhalten werden kann, ob es umgebaut werden darf. Das sind die Abwägungsfrage nicht bei der Unterschutzstellung, sondern im Falle des strittigen Erhalts oder Nichterhalts eines Denkmals.

Den praktischen Umgang mit diesem stadtkulturellen Bezug von Denkmälern habe ich im Zusammenhang der erhaltenden Stadterneuerung gezeigt. Denkmäler sind Eckpunkte der Stadtentwicklung, Stadtentwicklung soll sich an der Bedeutung des Denkmals orientieren und nicht thematisieren, das Denkmal sei ein Hemmblock der Planung. Das ist eine kulturelle Grundentscheidung erhaltender Stadterneuerung.

Zu Beginn der 2010er Jahre hat Nordrhein-Westfalen seine Historischen Stadtkerne überall dort, wo das Land der vielfältigen mitteleuropäischen gebauten Kultur entspricht. Das sind die Landschaften der Städte mit weniger als 100 000 Einwohnern. 55% der nordrhein-westfälischen Menschen leben in solchen Landschaften. Die Manifestationen der überschaubaren europäischen Stadt, deren Grundriss im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit entstand, sind dort nicht gefährdet, von Einzelfällen abgesehen. Problematisch ist die Achtung der Bedeutung gründerzeitlichen Viertel, sie dokumentieren die städtische Entwicklung im Zuge der Industrialisierung, in der Agglomeration Ruhr wie in den Städten, die nicht auf der Kohle gebaut hatten. Problematisch ist die Achtung der Bauten der Weimarer Republik – das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen ist gerade noch vor dem Totalabriss bewahrt worden. Problematisch ist die Achtung der Bedeutung des Wiederaufbaus, eine der humanen Leistungen der Deutschen im 20. Jahrhundert, besonders der Abriss vieler katholischer Kirchen dieser Zeit stößt auf mein Unverständnis.

Die Nachwirkungen meiner denkmalpolitischen Praxis und die Beobachtung der nachfolgenden Entwicklung haben mein Nachdenken über den Sinn von Denkmalschutz begleitet. Es führt zu sehr grundsätzlichen Positionen im Bezug zu gebauter Stadtkultur. Sie ist mehr als Baukultur, die sich in einzelnen schönen Häusern zeigt wie sie jährlich von Architekten gebaut und vielfach prämiert werden. **Stadtkultur meint die Stadt, die Identität schafft und bewahrt**. Ohne Identität, ohne sinnstiftende Identität können Gesellschaften zerfallen.



**Identitätsstiftung hat Bezug zu Jahrhunderten, einmal:** Identitäten im 21. Jahrhundert sind multipel, gleichzeitig existieren mehrere nebeneinander. Multipel aber waren Identitäten schon historisch seit je, aber eher im zeitlichen Wechsel. Gebaute Kultur macht diese Wechsel erkennbar. **Denkmalschutz bewahrt multiple Identitäten zeitlicher Schichten und präsentiert sie gleichzeitig** – so habe ich die gesellschaftliche Funktion von Denkmalschutz aus Anlass des 70. Geburtstags von Hiltrud Kier, der streitbar erfolgreichen Stadtkonservatorin von Köln, definiert. In Köln ist das besonders deutlich zu sehen und hat die Identität der Stadt geprägt – polytheistische und dann christliche Römer, romanische Kirchen, der gotische Dom, Barock, Historismus, Gründerzeit und Nachkriegsbauten stehen nebeneinander, jetzt kommen Moscheen hinzu.

**Identitätsstiftung hat Bezug zu Jahrhunderten, zum anderen:** Jahrhunderte manifestieren sich in den Grundrissen der Städte, wie sie sich überliefert haben. Das ist eine ganz lebensweltliche Erfahrung. Zumindest Ältere werden mir zustimmen, bei der Wiederbegegnung mit der Stadt, in der die Schule besucht wurde, bewegt mehr der Ort, an dem sie steht, seine Lage in der Struktur der Straßen und Wege, als ihre jetzige vielleicht modernisierte Gestalt. Das stadtkulturell Zerstörerische von Flächensanierungen war die Veränderung oder Beseitigung identitätsstiftender örtlicher Strukturen, von Grundrastern der Stadt.

Damit komme ich zu **Problemräumen der Siedlungskultur**, die in Nordrhein Westfalen entstanden sind. Die Probleme hängen, das klingt sicher etwas abstrakt, mit meiner Funktionsbestimmung von Denkmalschutz zusammen, mit dem zeitlichen Wechsel von Identitäten. Dieser Wechsel ist die Folge von Wanderungen, kleinräumlicher vom Land in die Stadt, weiträumiger durch Länder und Kontinente. Die Intensität von Wanderungen ist zum ökonomischen, aber auch kulturellen Problem geworden. Zu Ende geht die Wanderung vom Land in die Stadt, 1,5 % der Werktätigen in Deutschland genügen, um mehr Agrarerzeugnisse zu produzieren als die Deutschen essen können. Wenn ländlicher Raum agrarischer Raum ist, dann gibt es ihn in NRW so gut wie nicht mehr. Es entstehen gering verdichtete, allerdings urbane Räume, deren Bewohner vergleichbare Ansprüche an urbane Infrastruktur stellen wie sie es in verdichteteren Städten auch tun. Siedlungskulturell stellt sich die Frage, was an dörflicher Kultur denkmalgeschützt bewahrt werden kann, wie umzugehen ist mit Wohnhäusern, die verlassen werden, weil es sich in Köln, Düsseldorf oder Bonn urbaner leben lässt.

Das Ende der Nutzung heimischer Primärrohstoffe ist auch das Problem der Agglomeration Ruhr, die sich zumindest auf den Tourismusschildern an der Autobahn Metropole Ruhr nennt. Mit Gründen, denn die Bewohner dieser Millionenagglomeration haben das gleiche Recht auf metropolitane urbane Leistungen wie die anderer, wie die Bewohner Berlins, Hamburgs oder

Münchens. In Ruhr war der stadtbildende Rohstoff die Kohle. Ruhr ist keine millioneneinwohnerstarke Hauptstadt oder Hafenstadt, die schon vor der Industrialisierung bedeutend war und im heutigen Sinne schon metropolitane Funktionen hatte. Ruhr entstand wie die Agglomerationen Oberschlesien und West Midlands mit Birmingham durch Kohle, auf die die Dampfmaschine gestellt wurde. Jürgen Reulecke beschreibt in seiner „Geschichte der Urbanisierung in Deutschland“ überzeugend, wie das Standortentscheidungen von Unternehmen nach sich zog. Es entstanden völlig neue städtische Räume, die mit den herkömmlichen zentralen Orten und mit den alten Gewerbestädten fast nichts gemeinsam hatten. Es entstanden Städteballungen – Stadt neben Stadt. Der Einseitigkeit der unternehmerischen Gründungsmotive entsprach die Uniformität des äußeren Erscheinungsbildes und ihrer inneren Struktur. Abgesehen von dörflichen oder zumeist kleinen städtischen Kernen – in Ruhr vor allem die Hansestadt Dortmund –, waren industriellen Werke die Mittelpunkte von aus dem Boden gestampften Industriearbeitersiedlungen. Eine bürgerliche Mittel- und Oberschicht aus Handwerkern, Kaufleuten, Beamten, Freiberuflern bestand kaum. Von Urbanisierung im Sinne einer über die reine Menschenzusammenballung hinausgehende Entstehung städtischer Lebensqualität konnte keine Rede sein. Die als Bauanarchie bezeichnete planlose Durchmischung von Industriebetrieben, Verkehrsanlagen, Versorgungsleitungen, Abraumhalden und Wohnquartieren konnte zu chaotischen Gebilden führen und provozierte den zivilisationspessimistischen Topos vom menschenfressenden Moloch Stadt. In diesen schnell wachsenden Städten waren die lokalen Verwaltungen und Vertretungskörperschaften nicht in der Lage oder nicht bereit, die Folgen der Massenzuwanderung durch Planung zu kontrollieren. So begannen die Großunternehmen selbständig, die für das Funktionieren der Produktion erforderliche Unterbringung zu regeln. In dieser Logik lag es, die Arbeiter möglichst nahe am Betrieb unterzubringen. So entstanden Mietwohnungen, Arbeiterkolonien, und kasernenähnliche Schlafhäuser.

Zwischen einwohnerstarken Hauptstädten und Hafenstädten einerseits, und den „Kohlenlagerstädten“ andererseits gibt es so einen grundlegenden Unterschied: die Haupt- und Hafenstädte konnten ihren Kern bewahren und wurden erweitert, die Kohlenlagerstädte überlagerten vorher dünn besiedelte Gebiete, verschlangen Dörfer, ebneten die städtebaulichen Strukturen ein, wo sie denn historisch entstanden waren. Mit dem Ende der Nutzung von heimischer Kohle und der Globalisierung der Stahlproduktion verloren die „Kohlenlagerstädte“ ihre wirtschaftliche Bedeutung und es entstanden siedlungskulturelle Herausforderungen. So stellen sich in Ruhr ganz besondere Aufgaben des Denkmalschutzes. Das ist einmal die Industriekultur. Hier ist, beginnend mit der Gründung des Westfälischen Industriemuseums bereits 1979, Beispiel-

gebendes geleistet. Hoffentlich gelingt es, nicht nur die Zeche Zollverein, sondern das industriekulturelle Erbe als ganzes zum Weltkulturerbe zu machen. Ruhrbanität, die Gewinnung metropolitaner Urbanität in einer Kohllageragglomeration hat mit dieser Industriekultur ihr Alleinstellungsmerkmal, ist aber stadthistorisch mehr. Vormontanindustrielle Geschichte gehört zunächst dazu. Sie zu kennen ist für die perspektivische Identität von Ruhr notwendig. Entsprechende vorindustrielle **gebaute Kultur** dient einer kulturellen Identität, die sich nicht in resignativer Montanindustrienostalgie erschöpft. In Ruhr gibt es den historischen Stadtkern Hattingen, anschaulich benachbart der Henrichshütte, und den Historischen Ortskern Herten-Westerholt. Wieso Unna kein anerkannter Historischer Stadtkern ist, verstehe ich nicht; ein dem Paragraphen 1 des Denkmalschutzgesetzes NRW nicht entsprechendes verengtes kulturhistorisches Verständnis liegt der mir bekannten Stellungnahme des westfälischen Landeskonservators zugrunde. Es wäre zu prüfen, ob nicht generell Bauten vorindustrieller Epochen in Ruhr in besonderer Weise geschützt und präsentiert werden sollten – der BaukulturPlan Ruhr, herausgegeben vom RVR, bietet dafür eine sehr brauchbare Grundlage.

Eine Schlüsselphase der stadtkulturellen Entwicklung in Europa ist die Gründerzeit. Sie war die Zeit der Wiedergewinnung der Europäischen Stadt in der Spätphase der Industrialisierung, Berlin, Wien, vor allem Barcelona stehen dafür.

Auch die Städte der Agglomeration Ruhr hatten an dieser gründerzeitlichen Phase Anteil, im Kontrast zu den Industriebauten und -anlagen und zu der Mehrzahl der Arbeitersiedlungen. Integrierte Stadtplanung war dabei noch kaum möglich. In der Zwischenkriegszeit der demokratischen Weimarer Republik gelang es, den gravierendsten Defiziten siedlungsräumlicher industrieller Entwicklung entgegenzuwirken. Robert Schmidts Grünzäsuren stehen dafür. Die faschistische Herrschaft auch in der Agglomeration Ruhr setzte dem ein Ende und induzierte die flächenhafte Siedlungszerstörung durch Krieg und nachfolgende Flächensanierungen. Gründerzeitliche Bauten wurden dabei das schwersterträgliche Opfer. Erst langsam wird erkennbar, dass die Gründerzeit die Verbindung der Agglomeration Ruhr zu metropolitanen Funktionen der europäischen Stadt hergestellt hat, die wenigen erhaltenen Bauten haben so mehr als singulären Denkmalwert. In Dortmund ist das ehemalige Museum am Ostwall ein solcher Bau. Es zeigt schon stadtkulturelles Versagen der politischen Systeme der Stadt Dortmund und des Landes NRW, wenn das beabsichtigte Baukunstarchiv Nordrhein Westfalen dort seinen Platz nicht findet. Ende 2013 sind noch nicht alle Hoffnungen vergebens, dass es dennoch bewahrt bleibt. Der Einsatz für das Museum am Ostwall hat generelle Bedeutung.

In der Agglomeration Ruhr sind alle Gebäude, die beide Weltkriege überlebt haben, denkmalwert. Entsprechende Straßenzüge sollten Denkmalbereiche werden.

In diesem größeren Zusammenhang wird die Bedeutung von Duisburg- Bruckhausen deutlich, stünde dieses Quartier in München, wäre es begehrter Wohnbereich. Die Argumente der Duisburger Stadtverwaltung für den Abriss Bruckhausens führen zur Problematik der Wanderungen zurück. Die Stadt leide unter Bevölkerungs-„schrumpfung“ – schon dieser Begriff signalisiert Mangel an Humanität – und unter zu vielen Migranten. Selten wird deutlich wie in der Agglomeration Ruhr in provinzieller Uninformiertheit Perspektiven zerstört werden. Die Städte in der Agglomeration haben verglichen mit Frankfurt oder München einen geringen Migrantenanteil und Bevölkerungswachstum kann nur noch die Folge von Migration sein. Wird über den Tellerrand des noch immer nationalistisch empfindenden Deutschlands hinausgeblickt, lässt sich erkennen, dass Birmingham in den West Midlands, siedlungshistorisch mit der Agglomeration Ruhr vergleichbar, bei einer Million Einwohnern und einem Migrationsanteil von 35 %, bis 2030 einen Einwohnerzuwachs von 150 000 Menschen prognostiziert. Duisburg und andere Städte in Ruhr sorgen für ihr „Schrumpfen“ selbst und zerstören dann noch stadtkulturelle Identität.

Der Abriss von Bruckhausen wird von Thyssen und vom Land NRW gefördert. Versuche, den „Denkmalschutz“-Minister von Denkmalwert Bruckhausens zu überzeugen, sind fehlgeschlagen. Es bleibt bei der Förderung und das Quartier wird nicht denkmalgeschützt. Diese Entscheidung war der Auftakt zu einer kaum fassbaren Veränderung der Denkmalpolitik des Landes. Die Förderung des Denkmalschutzes aus dem Landeshaushalt wird weitgehend eingestellt.

An die Stelle sollen Kredite treten, die von der Investitionsbank NRW zugeteilt werden. Diese Förderung begünstigt Investoren, die mit dem Ziel der Rentabilität in Denkmäler investieren. Denkmaleigentümer mit niedrigem Einkommen sind damit weitgehend ausgeschlossen wie bereits bei der steuerlichen Förderung. Ob finanzschwache Kommunen derartige Kredite aufnehmen, ist nicht absehbar. Protestantische Kirchengemeinden, werden sich auch mit Krediten zum Erhalt ihrer Kirchen schwer tun. Ob die Änderung der Denkmalförderung Einfluss auf die Abrissmanie katholischer Bistümer haben wird, ist nicht zu beurteilen, eigentlich aber gibt es bei ihnen keine Geldnot.

Generell ist es problematisch, dass die Denkmalförderung bei der Investitionsbank anonymisiert wird. Die direkte Ansprache von Denkmaleigentümern durch die Zuständigen der Kommunen, durch die Mitarbeiter der Landeskonservatoren, die mit der Bewilligung von Zuschüs-

sen verbunden sein konnte, entfällt. Es gibt sicher eine Entschuldigung für diese „Sparsamkeit“ des Landes bei der Denkmalförderung. Das ist der katastrophale Rückgang der Finanzierung der Infrastruktur. Im Landeshaushalt NRW sind die statistisch zu einem Aufgabenbereich zusammengefassten Ausgaben für Wohnungsbau, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste von 775 Millionen Euro 1999 auf 383 Millionen Euro 2010 zurückgegangen, entgegen den lauten Klagen sind hingegen die Ausgaben für den Aufgabenbereich „Verkehr und Nachrichtenwesen“ mehr als konstant geblieben. 2009,6 Millionen Euro 1999, 2092,4 Millionen Euro 2010. Denkmalschutz gerät so in einen Zusammenhang mit fehlenden Sozialwohnungen und der Reduzierung der Städtebauförderungsmittel. So leidet auch die Stadtkultur unter einer irrationalen Diskussion über die Finanzierung öffentlicher Aufgabe, die nur liberalegoistisch die Einnahmenseite sieht.

Es lässt sich aber zumindest perspektivisch auch Gutes über siedlungsstrukturelle Politik in NRW sagen. Der Entwurf zum Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen vom 25.6 2013 enthält den Abschnitt „Erhaltende Kulturlandschaftentwicklung“. Es werden 32 „Kulturlandschaften“ dargestellt, mit 29 „Landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen“. Zu den Kulturlandschaften gehört das „Ruhrgebiet“, zu den „Landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen“ gehören „Zollverein-Nordstern“ und „Ruhrtal“. Es ist für Ältere ein gesellschaftliches Erfordernis, weiter auf humanen Fortschritt zu setzen. Als ich 1987 die Zeche Zollverein unter Denkmalschutz gestellt habe, zum großen Unverständnis fast aller, hätte ich mir diese Festlegung in einem Landesentwicklungsplan nicht vorstellen können.